

Schweiz

Nachrichten

Grundstückwerb Bundesrat ist gegen eine Lockerung der Lex Koller

Von Erleichterungen bei der Lex Koller für den Kanton Wallis und andere Bergkantone hält der Bundesrat nichts. Er lehnt zwei Vorstösse ab, die eine lockere Anwendung der Beschränkung für den Immobilienerwerb durch Personen aus dem Ausland forderten. Die Lex Koller beschränkt den Erwerb von Grundstücken durch Personen aus dem Ausland. Allerdings sind zahlreiche Lockerungen vorgesehen, etwa durch Kontingente. Nachdem der Nationalrat explizit die Beibehaltung der Lex Koller beschlossen hatte, forderten die CVP-Fraktion und der Walliser SVP-Nationalrat Oskar Freysinger eine flexiblere Anwendung. Die Kontingente für Ausnahmen der Kantone sollten erhöht werden können. Weitere Lockerungen sollten Gemeinden erhalten, in denen wegen der Zweitwohnungsinitiative ein Baustopp herrscht. Das schweizweite Kontingent für Ausnahmen von der Lex Koller beträgt 1500 Einheiten pro Jahr. (SDA)

Olympia Parlamentsdebatte erst in der Sommersession

Die Schweizer Olympiakandidatur kommt frühestens in der Sommersession ins Parlament. Ursprünglich war geplant, dass der Nationalrat sich in der Frühlingssession mit der allfälligen Olympiakandidatur von St. Moritz/Davos 2022 befasst. Um genügend Zeit für die Klärung von Fragen zu schaffen, beschloss die Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats aber, ihre Beratungen zu vertagen. Die Parlamentsdienste bestätigten eine entsprechende Meldung von NZZ.ch. (SDA)

Epidemiegesetz Das Referendum ist zustande gekommen

Über das revidierte Epidemiegesetz wird das Schweizer Stimmvolk entscheiden. Das Referendum gegen das Gesetz ist formell zustande gekommen, wie die Bundeskanzlei mitteilte. Von den 78 068 eingereichten Unterschriften waren 77 360 gültig. Hinter dem Referendum steht der Naturheilkundler Daniel Trappitsch vom Netzwerk Impfscheid, der bereits das Tierseuchengesetz bekämpft hatte. Er lehnt obligatorische Impfungen ab. (SDA)

Risikosportarten Base-Jumpen droht bei Unfall Leistungskürzung

Wer mit einem Fallschirm von einem Felsen springt und dabei verunfallt, erhält unter Umständen nicht die volle Versicherungsleistung, weil er ein Wagnis eingegangen ist. Wann genau eine Kürzung der Gelder droht, ist nicht festgelegt. Der Bundesrat sieht darin aber kein Problem. Er erachte es nicht als sinnvoll, die Wagnisse abschliessend aufzulisten, schreibt er in einer Antwort auf einen Vorstoss des Thurgauer CVP-Nationalrats Christian Lohr. Dieser hatte sich im Zusammenhang mit einem Bundesgerichts Urteil über die geltenden Regeln und möglichen Massnahmen erkundigt. (SDA)

Nationalräte wollen Zugang zum roten Pass erschweren

Die geplanten Verschärfungen bei der Einbürgerung treffen vor allem Personen aus Drittstaaten und junge Ausländer.

Von Christian Brönnimann, Bern

Die SVP will zusammen mit den Mitteparteien die vom Bundesrat eingeleitete Revision des Bürgerrechts in wichtigen Punkten verschärfen. Gestern hat die Staatspolitische Kommission (SPK) des Nationalrats die Vorschläge präsentiert. Für die Linken sei es eine Niederlage auf der ganzen Linie, bilanzierte der grüne Kommissionspräsident Ueli Leuenberger.

Das sind die wichtigsten Verschärfungen der bürgerlichen Mehrheit:

- Bedingung für die Einbürgerung soll neu eine unbefristete Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) sein. Das entspricht auch dem Willen des Bundesrats. Jedoch schlug dieser vor, im Gegenzug die minimale Aufenthaltsdauer in der Schweiz vor einer Einbürgerung von heute zwölf auf acht Jahre zu senken. Die SPK sieht nun zehn Jahre vor.
- Bislang werden einem jungen Ausländer die Jahre, die er zwischen dem 10. und dem 20. Lebensjahr in der Schweiz verbracht hat, doppelt an die Aufenthaltsdauer angerechnet. Damit soll die Integration Junger vorangetrieben werden. Diese Erleichterung will die Kommissionsmehrheit streichen.

- Vorläufig aufgenommenen Asylsuchenden soll die Zeit, die sie mit dem provisorischen Status (F-Ausweis) in der Schweiz verbracht haben, nicht mehr an die Aufenthaltsdauer angerechnet werden. Der Zeitpunkt einer möglichen Einbürgerung verschiebt sich also auch für diese Gruppe nach hinten.
- Strengere Integrationskriterien sollen die Einbürgerung weiter erschweren. So verlangt die SPK explizit, dass sich Einbürgerungswillige «in Wort und Schrift in einer Landessprache gut verständigen» können müssen. Zudem soll nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen der Wille zur Erwerbsarbeit reichen, sondern die tatsächliche Teilnahme am Wirtschaftsleben.

5000 Einbürgerungen weniger

Zahlenmässig hätte die erste Verschärfung eine beträchtliche Auswirkung. Gemäss einer Studie der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen erhalten pro Jahr rund 5000 Personen den Schweizer Pass, ohne im Besitz eines C-Ausweises zu sein. Das sind etwa 15 Prozent aller Einbürgerungen, Tendenz steigend. Da EU-Bürger die Niederlassungsbewilligung in der Regel nach fünf Jahren bekommen, betrifft die Verschärfung fast ausschliesslich Angehörige von Drittstaaten. Gerade diese haben das grösste Interesse am Schweizer Pass, weil sie nicht wie EU-Bürger dank der Personenfreizügigkeit ohnehin besser gestellt sind. So werden Angehörige aus Drittstaaten fast viermal häufiger eingebürgert als Personen aus EU-Ländern.

Die Folgen der zweiten Verschärfung schätzt das Bundesamt für Migration als «marginal» ein. Denn viele Jugendliche würden heute aufgrund eines Familien-



Ohne Ausweis C soll es keine Einbürgerungen mehr geben. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

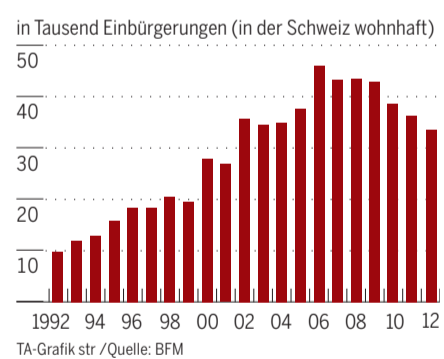
gesuchs eingebürgert, bei welchem die Doppelzählung zwischen dem 10. und dem 20. Lebensjahr keine Rolle spiele. Zudem bewirke die Gesetzesänderung «nur eine zeitliche Verschiebung».

Linke hofft auf den Ständerat

Während die SVP für die im März geplante Debatte im Nationalrat bereits weitere Verschärfungsanträge angekündigt hat, hofft die Linke schon heute auf die kleine Kammer. Man gehe davon aus, dass der Ständerat noch «deutliche Verbesserungen» vornehmen werde, schreibt die SP. Die Partei zählt also auf dieselbe Dynamik wie bei der Revision des Asylgesetzes im letzten Jahr. Damals hat der Ständerat die vom Nationalrat beschlossene Abschaffung der Asyl-Sozialhilfe wieder gekippt. Sollte diesmal der Ständerat die harte Linie mittragen, dürften die Gegner des neuen Bürgerrechts das Referendum ins Auge fassen. Als Kompromiss schlagen die Linken

vor, Ausländer unter 25 Jahren von der Bedingung auszunehmen, für die Einbürgerung zwingend einen C-Ausweis besitzen zu müssen. In dieser Altersgruppe sind Einbürgerungen mit Abstand am häufigsten.

Einbürgerungen seit 1992



Ständeratskommission sagt Ja zum Gripen-Kauf

Die Sicherheitspolitiker der kleinen Kammer befürworten den Kauf von 22 Gripen-Jets. Ueli Maurer muss aber jährlich über den Stand der Beschaffung informieren.

Von Daniel Foppa

Nach jahrelangen Turbulenzen rückt der Kauf von 22 Gripen-Kampfflugzeugen näher: Gestern hat sich die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SIK) mit 9 zu 4 Stimmen für den Kauf der schwedischen Jets ausgesprochen. Als Erstrat wird die kleine Kammer das Geschäft am 5. März behandeln. Der Ständerat dürfte dem Geschäft zustimmen.

Laut SIK-Präsident Hans Hess beträgt der Gesamtpreis für die Jets (inklusive Lenkflächen) 3,126 Milliarden Franken. Finanziert werden sie über einen speziellen Fonds, der über das reguläre Armeebudget gespeist wird. Alimentiert wer-

den kann der Fonds auch mit Kreditresten des Verteidigungsdepartements sowie Einnahmen aus der Liquidation von Armeematerial und -immobilien. Wie Hess sagte, ist es für die Kommissionsmehrheit unbestritten, dass die veralteten Tiger F-5 ersetzt werden müssen.

Abstimmung im Frühjahr 2014

Für den Fonds ist das fakultative Referendum vorgesehen. Da die Linke bereits ein Referendum angekündigt hat, dürfte es zu einer Volksabstimmung kommen, falls das Parlament den Kauf absegnen. Die Abstimmung würde im Frühjahr 2014 stattfinden. Bei einem Ja werden die ersten Jets 2018 an die Schweiz ausgeliefert. 2021 soll die Lieferung abgeschlossen sein.

Die SIK fällt ihren Entscheid auf der Grundlage eines Entwurfs des Beschaffungsvertrags zwischen der schwedischen Rüstungsagentur FXM und dem Beschaffungszentrum Armasuisse. Im Vertrag sind keine Konventionalstrafen

vorgesehen für den Fall, dass Schweden sich nicht an Vertragsbedingungen wie Preis, Ausrüstung und Liefertermin hält. «Konventionalstrafen sind zwischen Staaten unüblich», sagte Hess. Vorgesehen ist aber, dass bei Nichteinhalten von Vertragsbedingungen Verhandlungen zwischen der Schweiz und Schweden stattfinden. Der Rücktritt vom Vertrag sowie die Rückzahlung bereits geleisteter Zahlungen sind dabei Optionen.

In einem Punkt ergänzte die SIK die Vorlage des Bundesrats: So muss Verteidigungsminister Ueli Maurer jährlich dem Parlament rapportieren, wie es um die Beschaffung steht. Insbesondere die Kompensationsgeschäfte im Umfang von 2,5 Milliarden Franken verlaufen bisher nicht zufriedenstellend, wie eine Subkommission der SIK des Nationalrats letzte Woche festgehalten hat. In ihrem Bericht hatte die Subkommission zudem betont, dass die Garantien der schwedischen Seite «im Moment noch sehr allgemein gehalten» seien.

Glosse

Ein Gruss von Doris Leuthard

Der Journalist und Jurist Dominique Strelbel ist Mitbegründer des Recherche-Netzwerks Investigativ.ch und Studienleiter an der Journalistenschule MAZ. Auf seinem Justizblog gibt er eine Kostprobe dessen, was sich so alles dank des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) und Hartnäckigkeit herausfinden lässt. So fragte Strelbel Ende 2011 beim Umweltdepartement (Uvek) an, ob er die Liste der Weihnachts- und Neujahrsgrüsse der damaligen Bundespräsidentin und Uvek-Vorsteherin Doris Leuthard einsehen könnte. Wegen «Schutz der Privatsphäre der betroffenen Personen» verweigerten die Behörden die Herausgabe jedoch.

Nachdem der Eidgenössische Öffentlichkeits- und Datenschutzbeauftragte eine Schlichtung eingeleitet hatte, wurde dem Justizblog Anfang 2013 doch noch Einsicht gewährt: Laut dem Uvek verschickte die Bundespräsidentin Ende 2010 an 29 Staatsoberhäupter Weihnachts- und Neujahrsgrüsse. «Die Analyse der Empfänger von netten Worten aus dem Bundeshaus zeigt nun Erstaunliches», stellt Strelbel fest. Da würden zwar die Grossen der Welt wie Barack Obama, Dmitri Medwedew oder Ban Ki-moon sowie die Oberhäupter der umliegenden europäischen Staaten nett gegrüsst, aber bei den weiteren Staaten würde die Schweiz eine sehr spezielle Auswahl treffen.

Der verschmähte Barroso

Tatsächlich gehörte der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso nicht zu den Auserwählten. Dafür fand sich auf Leuthards Liste ein so lupenreiner Demokrat wie der Präsident Aserbeidschans, Ilham Alijew. Warum ausgerechnet einer der korruptesten Politiker der Welt so hoch in der Gunst der Bundespräsidentin stand, liess Strelbel offen. So fragte ein entervter Blog-Leser: «Und was hat diese reichlich sinnfreie Beübung diverser Amtsstellen den Steuerzahler gekostet? Könnten Sie das - notfalls mittels BGÖ - auch noch herausfinden?»

Seit Mitte Februar wissen wir mehr. Die frühere Verwaltungsrätin der heutigen Axpo Trading AG hat Wirtschaftslobbyismus betrieben. So stehen die Chancen gut, dass die Gasfelder von Aserbeidschan bald durch die 800 Kilometer lange Trans Adriatic Pipeline erschlossen werden. An der Erdgasleitung ist der Schweizer Energiekonzern Axpo mit 42,5 Prozent beteiligt. Michael Soukup

Zweitwohnungen: Initiative kostet 8600 Arbeitsplätze

Die Zweitwohnungsinitiative könnte in den nächsten Jahren zum Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen im Alpenraum führen. Eine Studie im Auftrag des Bundes hält den Wandel dennoch für verkraftbar. In 500 Gemeinden dürfen künftig keine Zweitwohnungen mehr gebaut werden, weil der von der Zweitwohnungsinitiative festgelegte Anteil von 20 Prozent erreicht ist. In diesen Gemeinden entstanden zwischen 2000 und 2010 jährlich 2500 Zweitwohnungen, wie eine Studie des Forschungsinstituts BAK Basel schätzt. Das entspricht Investitionen von 1,2 Milliarden Franken pro Jahr. Wie sich der Wegfall der Bautätigkeit auf den Tourismus und die Volkswirtschaft auswirkt, liess das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) analysieren.

Die BAK Basel hat mehrere Szenarien durchgerechnet, da die Umsetzung der Initiative grossen Einfluss auf deren Wirkung hat. Der Arbeitsplatzverlust bis 2015 reicht von 6000 bis 14 000 gegenüber einem Szenario ohne Initiative. Danach setzt zwar eine Erholung ein, es bleibt aber in jedem Modell ein Minus von mindestens 1600 Stellen im Jahr 2025. Als wahrscheinlichstes Szenario betrachtet die Studie, dass bis 2015 rund 8600 Arbeitsplätze verloren gehen. Am stärksten betroffen sei die Bau- und Immobilienbranche. Da viele Beschäftigte saisonal angestellt und Ausländer sind, dürfte der Verlust nicht voll auf die Arbeitslosenzahlen durchschlagen. Als Gewinner sieht die Studie Hotels und Anbieter von Ferienwohnungen. (SDA)

Anzeige

Erwin Stoller
Executive Chairman
Rieter Holding AG
Winterthur

« Die einjährige Amtsdauer der Verwaltungsräte erschwert nachhaltige Unternehmensstrategien. Deshalb lehne ich die Initiative ab. »

Minder-Initiative Nein

www.unternehmerkomitee.ch